

Erschreckende Zahlen zu Asylkosten in Köln

☒ Bundesweit steigt die Zahl der Asylbewerber kontinuierlich seit dem Jahr 2008. In 2012 wurden fast 70.000 neue Asylanträge gestellt. Zusammen mit den Zweit- und Drittanträgen dürften es wohl schon insgesamt an die 100.000 Personen sein, von denen besonders viele aus sicheren Drittstaaten wie Serbien und Mazedonien kommen und somit reine Wirtschaftsflüchtlinge bzw. Scheinasylanten sind.

Überall im Land platzen daher die Asylantenunterkünfte aus allen Nähten, entstehen neue Unterkünfte und werden für teures Geld Hotels und Pensionen angemietet. Eine ungeheure Kostenlawine rollt auf die ohnehin finanziell klammen Kommunen zu. Erschreckende Zahlen, die jetzt die Fraktion Pro Köln im Detail für die Millionenstadt Köln in Erfahrung bringen konnte.

Wie die Stadt Köln auf Anfrage der Pro Köln-Fraktion einräumen musste, beliefen sich allein die laufenden Kosten für Unterbringung und Versorgung der Asylbewerber in Köln im Jahr 2011 auf rund 21,6 Millionen Euro. Die Kosten für 2012 und das neue Jahr dürften aufgrund der erheblich gestiegenen Asylbewerberzahlen noch deutlich höher ausfallen, während gleichzeitig das jährliche Defizit der Stadt Köln auf das Rekordniveau von über 300 Millionen Euro angewachsen ist und den Bürgern auf breiter Front Einsparungen bevorstehen.

Zu den laufenden Kosten für Unterbringung und Versorgung kommen Investitionen im zweistelligen Millionenbereich für den Bau neuer Asylantenheime hinzu. Rund ein Dutzend sind allein in den nächsten Jahren in Köln geplant – neben der vielfachen kostspieligen Unterbringung von Asylbewerbern in Hotels, wie z.B. dem Hotel Dürscheidt im Kölner Stadtteil Urbach (Foto oben).

Schon konkret beschlossen sind die Neubaumaßnahmen an den Kölner Standorten in der Potsdamer Straße und am Kuckucksweg, wofür jeweils 2,2 Millionen Euro angesetzt sind. Für die Sanierung des Standorts auf dem Ginsterberg werden weitere 2,6 Millionen Euro veranschlagt, also rund 7 Millionen Euro allein für laufende Baumaßnahmen im Asylbereich.

Grund für die steigenden Kosten sind nicht nur die bundesweit hohe Zahl an neuen Asylbewerbern, sondern auch die bekannt lasche Abschiebep Praxis der Kölner Ausländerbehörden. So musste die Stadtverwaltung ebenfalls auf Anfrage von Pro Köln einräumen, dass sich in Köln derzeit aktuell 2.318 eigentlich abschiebungspflichtige Personen mit einer Duldung gem. § 60a AufenthG. befinden, die ebenfalls Anspruch auf Versorgung haben, die ungefähr die Höhe des normalen deutschen Sozialhilfesatzes beträgt. Damit entstehen für die Stadt Köln pro Jahr weitere Kosten in zweistelliger Millionenhöhe!

Die Bürgerbewegung Pro Köln hat dies nun zu einem Schwerpunktthema im neuen Jahr gemacht und für den besonders hart betroffenen Stadtteil Porz-Urbach eine Kampagne angekündigt. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen und einer Protestkundgebung am 26. Januar. Zudem sollen möglichst viele Anwohner und Bürger Pro Köln bei einem Ratsantrag am 5. Februar unterstützen, in dem der sofortige Stopp der „Luxusunterbringung von Asylbewerbern im Hotel Dürscheidt in Porz-Urbach“ gefordert wird.